



Unterlagen und Abonnements-Verzeichnisse in Groß-Berlin: Hauptpostamt SW. 19. Fernsprechanlagen... (List of addresses and subscription information)

Berliner Tageblatt

Nr. 353 (Ausgabe für Berlin) und Handels-Zeitung Sonntag, 29. Juli 1926 52. Jahrgang

Die Maßnahmen der Reichsregierung.

Stärkung der Reichsfinanzen. - Die Ausgestaltung der Steuern. - Das Opfer für Rhein und Ruhr. Anpassung der Löhne an die Geldentwertung. - Gegen Angriffe auf die staatliche Ordnung.

Sofortige Verabschiedung der gesetzgeberischen Maßnahmen.

Umgebung des Reichspräsidenten und der Reichsregierung. Der Reichspräsident und die Reichsregierung haben folgende Kundgebung erlassen: Zu der schweren Bedrückung und Entrechtung, der die besetzten Gebiete am Rhein und an der Ruhr ausgegesetzt sind, gestellt sich dort wie im nichtbesetzten Deutschland liegende Wirtschaftsnote.

Schlossenen Maßnahmen werden dahin wirken, daß Devisen in stärkerem Umfange als bisher dem Reiche zuströmen und so für unentbehrliche Einfuhr, insbesondere von Lebensmitteln, reichlicher zur Verfügung gestellt werden können. Einfuhr überflüssiger Luxuswaren wird nach Möglichkeit gehemmt werden.

Die Anpassung der Löhne und Gehälter an die Geldentwertung ist bereits gesichert und wird weiter festgehalten werden. Die Reichsbank hat Maßnahmen beschaffen, die grundsätzlich die Frage des Goldkredits der Lösung näher bringen.

Die hiermit kurz gekennzeichneten Maßnahmen werden, soweit sie der Mitwirkung der gesetzgebenden Körperschaften bedürfen, von diesen voraussichtlich im Laufe der nächsten zwei Wochen verabschiedet und sofort in Kraft gesetzt werden. Wenn auch nicht bei jeder dieser Maßnahmen die Wirkung sogleich deutlich sichtbar sein wird, als Gesamtergebnis wird, so weit es an der deutschen Regierung liegt, dadurch eine Entspannung der Wirtschaftslage eintreten.

Das deutsche Volk wird mit diesen Maßnahmen sich selbst in seinem Kampfe um Leben, Recht und Freiheit Halt und Stütze geben und zugleich den Beweis erbringen, wie stark sein Wille ist, sich trotz aller auf ihm lastenden schweren Lasten in diesem Kampfe entschlossen zu behaupten. Angriffe gegen die staatliche Ordnung können die Lage nicht bessern, sondern nur den Weg zur Gesetzgebung erschweren. Das deutsche Volk will von solchen Störungen nichts wissen. Es will leben, arbeiten und seine staatliche Ordnung bewahren, die es sich selbst in der Zeit schwersten Unglücks aus eigenem Willen gegeben hat. Große und schwere Pflichten obliegen allen Ständen. Im Vordergrund steht die Sicherung der Ernährung. Für die Landwirtschaft und den Handel ist es darum staatsbürgerliche Pflicht, so schnell als möglich und in weitestem Umfange die Enderträge dem Verbrauch zuzuführen zu lassen. Die Lohn- und Gehaltsbemessung von Arbeitern und Angestellten muß die Ernährung und Erhaltung der Familie ermöglichen. Auf allen Männern und Frauen des ganzen Volkes liegt die Pflicht, in klarer Besinnung die tägliche Arbeit fortzuführen und in allen Sorgen und Kammernissen der Gegenwart die Ruhe und Ordnung des Staates als die Grundlage künftigen Aufstiegs unseres Volkes zu bewahren. Allen endlich, die im politischen Leben der Parteien, in der Presse oder sonst im öffentlichen Leben tätig sind, obliegt es, das ihre zu tun, um unter Volk stark zu machen in der Erkenntnis der Ursachen und der Notwendigkeiten unserer Lage wie im Entschlusse des Aushaltens. Dienst am Vaterlande ist die beste Gewähr für das Wohl des Einzelnen.

Für Deutschland haben unsere Volksgenossen am Rhein und an der Ruhr Ungeheures auf sich genommen. Sie mögen uns Vorbild sein! Wir würden sie verraten, wenn wir vom geraden Wege der Pflicht abließen. Wie sie, müssen wir ihn gehen, für Leben, Frieden und Wohlfahrt unseres Volkes, für die Freiheit Deutschlands. Der Reichspräsident, G. Ebert. Der Reichskanzler, gen. Cuno. Die Reichsminister: v. Rosenburg, Döber, Hermes, Beder, Brauns, Heine, Gehler, Stengl, Groener, Luther, Albert.

Bis zum heutigen Tage verhindert Frankreich jede Lösung der Reparationsfrage, die Deutschland auch nur das Leben läßt. Durch den Einbruch ins Ruhrgebiet hat es die Wirtschaft und Finanzkraft Deutschlands auf schwerste getroffen und verheert; so ist Deutschland zu einer ungeheuerlichen Vermehrung der Zahlungsmittel gegen seinen Willen gezwungen. Eine unerhörte Entwertung des Geldes ist die Wirkung. Dazu kommen eben jetzt, am Ende des Ernteharveste, natürliche Schwierigkeiten der Ernährungsversorgung, die sich in diesem Jahre, da die Ernte um mehrere Wochen verspätet ist, verschärfen.

Alle diese Notlagen führen zu schweren körperlichen, seelischen und geistigen Leiden der Bevölkerung. Zwar kann nach dem Zeugnis unbefangener Richter und Sachverständiger des Auslandes, auch in den Schwebestaaten, Deutschland zu einer wirklichen Gesundung der Verhältnisse nur durch eine vernünftige Regelung der Reparationsfrage kommen. Bis dahin aber muß und wird das deutsche Volk sich aus eigener Kraft aufrecht erhalten. Die deutsche Regierung wird fortfahren, alle irgend möglichen Maßnahmen zu treffen, um dieses Ziel zu erreichen helfen.

Zunächst gilt es, die Finanzen des Reiches zu stärken, um der ungeheuerlichen Entwertung des Geldes Einhalt zu tun. Bei der Einkommensteuer ist bereits durch entsprechende Vorauszahlung dafür gesorgt, daß nicht nur von den Lohnsteuerpflichtigen, sondern auch von den übrigen Einkommensteuerpflichtigen schon während des Veranlagungsjahres die Steuer entsprechend der Geldentwertung geleistet wird. Auch einem den gesetzgebenden Körperschaften zugehenden Gesuchentwurf sollen auch die Vermögenssteuer und die Erbschaftsteuer so gestaltet werden, daß sie der Geldentwertung folgen. Die Körperschaftsteuer ist vor kurzem revidiert worden. Bei den Verbrauchssteuern sollen zur Erzielung ihres raschen Eingangs die erst jüngst vom Reichstag verabschiedeten Fälligkeitstermine auf das geringstmögliche Maß gemindert werden. Dem Reichrat ist bereits ein Gesuchentwurf zugegangen, der als Opfer für Rhein und Ruhr auf breiterer Grundlage von allen Leistungsfähigen im unbesetzten Deutschland durch Verbilligung der bereits der Geldentwertung angepaßten Einkommensteuervorauszahlungen große Leistungen anfordert. Diese Maßnahmen werden dem Reiche rasch sehr erhebliche Geldmengen zuführen. Die Ausgabe einer wertbeständigen Münze soll breiten Volksteilen die Möglichkeit bieten, das Parbedürfnis zu befriedigen, sich gegen Entwertung zu sichern und so auch dem ungesunden Ansturm auf Warenvorräte und Devisen entgegenzuwirken. Die auf dem Gebiete des Devisenverkehrs be-

Unbequeme Fragen.

Zu den „Fälschungen des russischen Drangebuches“.

Von [Redaktion verbleibt.]

Im diesen Tagen, in denen die Erinnerung an den Kriegsausbruch sich erneuert, tritt auch die Frage der Kriegsschuld wieder in den Vordergrund. Das für ihre Beantwortung bedeutende Buch des Herrn Gesandten v. Orange hat, als Fälschungen des russischen Drangebuches, auf das wir bereits hingewiesen haben, hat lebhafteste Erörterungen, namentlich in England, hervorgerufen. Wir haben den Herrn Verfasser gebeten, sich zu einem Artikel der „Times“, der besonders charakteristisch ist, zu äußern. Die Redaktion.

Aus einem Artikel der „Times“ über mein Buch „Die Fälschungen des russischen Drangebuches“ entnehme ich zu meiner Genugtuung, daß meine Veröffentlichung in England weite Verbreitung und Beachtung gefunden und „apologetische“ Kommentare hervorgerufen hat, und daß sie auch nach Ansicht der „Times“ selbst erste Aufmerksamkeit erfordert und einige unbequeme Fragen — awkward questions — aufwirft. Demnach hat sie ihren Zweck erfüllt und ich kann den „Times“ nur dankbar sein, daß sie auch ihrerseits durch eine ausführliche Besprechung zur Verbreitung beigetragen haben.

Der Verfasser des „Times“-Artikels legt das Hauptgewicht darauf, die Petersburger Regierung gegen den Vorwurf der Fälschung zu verteidigen, und er tut dies mit einem Eifer und einem Ansehen von Kenntnis der Gesichtspunkte, die für die Zusammenstellung des Drangebuches maßgebend gewesen sind, daß man meinen könnte, er plädiere in eigener Sache. Für die Fortlassungen und Änderungen im Drangebuch weiß er durchaus harmlose und für einen unfindigen Leser ganz plausible klingende Motive anzuführen und folgert daraus, daß der Vorwurf der Fälschung ungerechtfertigt sei und daher alle meine Kommentare tendenziös und wertlos seien. Sein vernichtendes Urteil über meine Arbeit lautet: „German propaganda“!

Diese wie schon früher manche andere auch wohlwollende Besprechung hat mich darüber belehrt, daß ich den Titel für die Veröffentlichung nicht richtig gewählt habe, weil er es dem Gegner nahelegt, die Kritik auf ein Nebenziel zu schieben. Denn nicht das war der eigentliche Zweck meiner Veröffentlichung, mich über die Tatsache russischer Fälschungen zu entrichten. Ich bin nicht so naiv, der zaristischen Regierung zuzumuten, daß sie mitten im Kriege die Fäden des verbrecherischen russisch-französischen Komplotts selbst hätte aufdecken sollen, das den Krieg herbeiführte. Die außerordentliche Bedeutung der Veröffentlichung liegt vielmehr in dem neuen Tatsachenmaterial, das sie enthält, und ihr Zweck war, wie ich in meinem Vorwort in aller Deutlichkeit hervorzuheben habe, an der Hand der unrichtigen Zeugnisse der kompetentesten russischen Persönlichkeiten, um es nochmals kurz zu sagen, die Legende vom deutschen Heberfall und damit die Rüge von Verlaßlos von dem deutschen Kleinschuld endgültig zu zerören.

Das sind die „awkward questions“, von denen die „Times“ sprechen, auf die sie sich aber wohl hüthen näher einzugehen, das sind die Dinge, die in den weitesten Kreisen Aufsehen und Entrüstung hervorgerufen haben. Und wenn alle Kommentare, die ich an die Veröffentlichungsmethoden der russischen Regierung geknüpft habe, irrig wären, die Dokumente selbst lassen sich nicht wieder aus der Welt schaffen, und jeden steht es frei, sie ohne Kommentar zu prüfen und sich seine Meinung darüber zu machen.

Indessen wir wollen einmal auf einen Augenblick den „Times“-Kritiker auf sein Nebengeleise folgen und uns die Argumente etwas näher ansehen, mit denen er glaubt die zaristische Regierung reinzuwaschen und unsere Veröffentlichung diskreditieren zu können. Er sagt, daß von einer Unterbrechung von Telegrammen des russischen Ministeriums des Aeußeren nach Paris nicht die Rede sein könne, da die im Drangebuch fortgelassenen Depeschen bis auf zwei in den englischen und französischen Büchern bereits früher veröffentlicht worden, so daß eine Wiederholung überflüssig war. So eigentümlich es erscheint, daß in einem für das eigene Volk bestimmten Rechenschaftsbericht, — das ist ja doch wohl die Bedeutung einer Veröffentlichung wie das Drangebuch — für das Verständnis der Zusammenhänge wichtige Stücke überhaupt ausgelassen werden können und dem Leser, ohne ohne daß er darauf hingewiesen wird, zugemutet wird, das Fehlende aus fremden Veröffentlichungen nach eigenem Gutdünken zu ergänzen, so wollen wir einmal annehmen, es sei so gewesen und die Fortlassungen seien, etwa aus Sparmaßregeln, erfolgt. Aber wie erklären dann die „Times“ die erheblichen Veränderungen, Abtriche und sogar Zusätze auch in solchen Telegrammen, die in richtiger Fassung bereits im Drangebuch oder Selbstbuch geteilt hatten? Hier können doch Sparmaßregeln nicht obgewandt haben?

Im übrigen kommt den Petersburger Telegrammen keine große Bedeutung zu. Die Fäden der brutalen russischen Kriegspolitik liegen, zumal seit dem Sudyomkinow-Prozess,

Die heutigen Kommunistenversammlungen.

„Zwanglose Gruppen.“

Am heutigen Sonntag morgen finden in zahlreichen lokalen Groß-Berlin kommunistische Demonstrationen statt. Die als Ersatz für die ursprünglich nach Potsdam einberufenen Wanddemonstrationen gelten sollen. Man hatte sich auf die Verlegung der Kundgebung nach Berlin geeinigt, da es in Potsdam unmöglich war, eine größere Anzahl von Sätzen zu erhalten, die die Zahl der voraussichtlich erscheinenden Demonstranten aufzunehmen imstande war. Da außerdem auch einige radikale Verbände ihre Mitglieder nach Potsdam berufen hatten, wäre ein Zusammenstoß, abgesehen von den behördlichen Maßnahmen, unvermeidlich gewesen.

In weiteren kommunistischen Kreisen wünscht man nach den Versammlungen eine Straßendemonstration in Form von „Zwanglosen Gruppen“. Die kommunistischen Funktionäre, die gestern abend zusammenkamen, um sich besonders mit diesem Wunsch zu beschäftigen, hatten zu entscheiden, ob eine Straßendemonstration nach Lage der Dinge möglich und ratsam erscheint. Ein engeres Komitee hatte sich mit dem weiteren Verlauf der Veranstaltung zu beschäftigen und soll am heutigen Morgen den Ordnung noch weitere Anweisungen erteilen. Bei den gestrigen Betriebs-

versammlungen, die übrigens nicht in allen Werken stattgefunden haben, ist es hier und da zu kleineren Reibereien gekommen, da auf der einen Seite die mehrheitlich sozialistischen Arbeiter ihre Teilnahme verweigerten und auf der anderen Seite die Mitglieder der kommunistischen Arbeiterpartei, die Syndikalisten und Anarchisten an Stelle der kommunistischen „Reden“ die Tat forderten. Die Berliner Schupholizei wird heute in erhöhter Alarmbereitschaft stehen.

Bereits im Laufe des gestrigen Tages sind zahlreiche Kommunisten in Potsdam eingetroffen. Verschiedene Schupholizei ist poliert, und Lastautos mit bewaffneten Schupobeamten durchfahren die Straßen. Die Plakate des Polizeipräsidenten v. Ziehl sind teilweise abgerissen, teilweise mit Zetteln überklebt worden, welche die Aufschrift tragen: „Nun erst recht!“ Als Sammelpunkt haben die Kommunisten das Konzerthaus in der Kaiser-Wilhelm-Straße gemietet.

Kommunistenverhaftungen in Bremen.

Bremen, 28. Juli. (A. F. V.)

In den heutigen Morgenstunden sind mehrere Führer der hiesigen kommunistischen Partei wegen Hochverrats verhaftet worden. Aufhebungen waren in Bremen bisher nicht zu verzeichnen.